Bundesrepublik Deutschland

JOSEF JANNING

Zwei Ereignisse bilden Auftakt und Abschluss des zurückliegenden Zeitraums, von denen keines durch Integrationspolitik verursacht noch beeinflussbar war und von denen doch mittelbar erhebliche Wirkungen auf die deutsche Europapolitik ausgehen. Am Beginn der hier behandelten Phase stehen die Terroranschläge des 11. September 2001. Sie haben den Bezugsrahmen der Europapolitik verschoben: Schlagartig wurde eine neue große Herausforderung offensichtlich, die Europas Handlungsfähigkeit in anderem Licht erscheinen ließ. Nun wurde offenbar, dass die Integrationspolitik in den neunziger Jahren in den Fragen der inneren wie der äußren Sicherheit wertvolle Zeit verloren hatte. Zwar hatte Deutschland wie einige andere Mitgliedstaaten die Weiterentwicklung der Bereiche „Justiz und Inneres" einerseits und „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik" wie „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik" andererseits stets eher positiv begleitet und mitgestaltet, im Detail jedoch an zahlreichen Punkten eher Besitzstandswahrung betrieben. Im Licht des 11. September erschienen die Zeitpläne und Zielvorgaben der Justiz- und Innenpolitik wie der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu zögerlich angesichts einer neuen, innen- wie außenpolitische Interessen bedrohenden Gefahr. Gleichzeitig stehen der 11. September und seine Folgen für eine in der Dichte der Ereignisse bisher nicht gekannte Verknüpfung von Sicherheitspolitik und Europapolitik: Von den ersten Tagen der Regierungsbildung und den Vorentscheidungen über den Jugoslawien-Einsatz bis zu den Debatten um die deutsche und europäische Position zum Irak hat es seit 1998 kein Jahr ohne europäische Entscheidungen mit militärischen Implikationen gegeben.

Steht das Menetekel des 11. September am Anfang, so bildet die große Flut in Mitteleuropa den Abschluss der zurückliegenden Zeitspanne. Europapolitisch bemerkenswert ist ihr heilsamer Effekt auf die Beziehungen zwischen Berlin und Brüssel. Derselbe Kanzler, der im Laufe des Jahres 2002 wenige Gelegenheiten ausgelassen hatte, sich an der Wettbewerbs- und Industriepolitik oder der Stabilitätspolitik der Europäischen Kommission zu reiben und markant die deutschen Interessen in Forderungen auf nationale Handlungsspielräume für Deutschland zu münzen, derselbe Kanzler schnürte nun innerhalb weniger Tage im Einvernehmen mit der Kommission ein Hilfspaket, das nicht nur europäisches Geld, sondern auch die Zusage von Sonderregeln und Marktordnungsausnahmen enthielt. Darüber hinaus erhielt die Erweiterungspolitik im gemeinsamen Auftritt der Regierungschefs der betroffenen Länder mit Romano Prodi in Berlin einen bemerkenswerten Akzent: Im Zusammenrücken in der Not wollten weder Deutsche noch Österreicher

einen besonderen Unterschied zwischen EU-Mitgliedern und Beitrittskandidaten machen. Auch in diesen Ereignissen schließt sich ein Kreis: Auf dem Weg Deutschlands in die Normalität eines europäischen Nationalstaats führt es nicht weiter, die Bindungen, welche Integration erzeugt, für sich selbst etwas lockern zu wollen – die Verflechtung ist zu dicht und in der Summe auch zu produktiv. Statt sich zu spreizen, erscheint es sinnvoller, die Konzepte und Strategien umzusetzen, die die Bundesregierung auf dem Gipfel von Nizza, die SPD in ihrem Leitantrag und Joschka Fischer in seiner Humboldt-Rede formuliert haben.

Neben diesen Grundtendenzen lagen die Kristallationspunkte deutscher Europapolitik des letzten Jahres vor allem in vier Fragen: in der Währungspolitik und der Frage eines „blauen Briefs" für Deutschland, der Erweiterungspolitik und der Frage nach einer präventiven Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, in der Reformpolitik und der Frage nach der deutschen Positionierung im Konvent sowie in der Organisation deutscher Europapolitik und der Frage nach Aufgabe und Ort eines künftigen Europaministers.

Die „bösen Buben von Berlin"[1]

Wie kaum eine andere Thematik der Integrationspolitik kennzeichnet die Kontroverse um eine „Frühwarnung" der Kommission an Deutschland das Unbehagen der deutschen Politik an Europa. In Wahrnehmung der Aufgabe aus dem Stabilitätspakt hatte Währungskommissar Solbes im Januar 2002 eine Warnung an Deutschland in Erwägung gezogen und entsprechende Beratungen der Euro-Gruppe eingeleitet. Bezugspunkt der Brüsseler Besorgnisse war das deutsche Stabilitätsprogramm, dessen im Herbst 2001 erarbeitete Eckwerte ein Wachstum von etwa 1,25% und eine Defizitquote von rund 2% für 2002 annahmen. Im Dezember 2001, zum Zeitpunkt der Vorlage des Programms war jedoch schon erkennbar, dass die konjunkturelle Lage schwieriger werden würde als erwartet. Die Bundesregierung hatte daher ihrer Schätzung ein Krisenszenario beigegeben, das nur 0,75% Wachstum annahm und eine entsprechend höhere Neuverschuldung vorsah.[2] Nachdem Finanzminister Eichel im Januar 2002 die größere Wahrscheinlichkeit des Krisenszenarios einräumen musste, gingen die Brüsseler Stabilitätshüter für 2002 von einem deutschen Defizit von 2,5 bis 2,7% aus – aus ihrer Sicht zu nahe an der Obergrenze von 3% und damit Auslöser einer Frühwarnung.

Mit 2,7% lag Deutschland am oberen Ende der aktuellen Neuverschuldung der 11 Teilnehmerstaaten der Währungsunion. Zuletzt hatte die deutsche Haushaltspolitik 1997 unter Theo Waigel eine so hohe Neuverschuldung ausgewiesen. Offenbar war der Konsolidierungskurs, für den Finanzminister Eichel 1999 und 2000 soviel Lob aus Brüssel bezogen hatte, unter erschwerten konjunkturellen Bedingungen nicht zu halten: Nach Rückgang der Defizitquote auf 1,6% 1999 und 1,3% in 2000 schnellte die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden 2001 bereits auf 2,6% des Sozialprodukts hoch.[3]

Zum ‚Fall' wurde der Vorgang jedoch erst durch zwei, miteinander verbundene Reaktionsmuster auf die Möglichkeit einer Frühwarnung: Zum einen durch die un-

klare Reaktion der Bundesregierung, zum anderen durch die öffentliche Resonanz der deutschen Politik in den deutschen Medien. Nachdem sowohl Finanzminister Eichel als auch Außenminister Fischer zunächst die Frühwarnung als normalen Vorgang bewertet hatten und Eichel in öffentlichen Stellungnahmen darin eine Bestärkung seiner Politik der Konsolidierung erkannte,[4] bezog Bundeskanzler Schröder Ende Januar öffentlich eine andere Position. Zuvor war in den deutschen, aber auch anderen europäischen Zeitungen manches an Häme aus Brüssel und den Hauptstädten über das vom Musterknaben zum Prügelknaben gewordene Vaterland des Stabilitätspakts zu lesen gewesen – eine sensible Lage angesichts der offenen Meinungslage in der Bevölkerung wenige Wochen nach Einführung des Euro. Das Kanzler-Wort von den „anderen Gründen", die hinter der Mahnung an Deutschland stünden, und sein Entschluss, einen blauen Brief abzuwenden, brachten zugleich auch eine Wende in der Berichterstattung des Themas in Deutschland. Selbst die Kommission hatte ihre Argumentation nicht auf dem Vorwurf der Stabilitätsvergessenheit der Deutschen aufgebaut und im Kreis der Finanzminister genoss das Bemühen der Regierung des wirtschaftlich wichtigsten Mitglieds, in konjunkturell schwieriger Lage hinreichend Kurs zu halten, Anerkennung. Auf dieser Basis und angesichts der Massivität des deutschen Auftretens in den Gremien kam keine Mehrheit unter den Finanzministern zustande – Berlin hatte sich durchgesetzt, das Gesicht gewahrt oder, wie es manche empfunden haben, eine Blamage vermieden. In der Kompromissfindung mit Brüssel zeigt sich die Reichweite der deutschen Intervention: Von der Forderung der Kommission, Deutschland müsse bis 2004 einen ausgeglichenen Haushalt erreichen, blieb am Ende die Verpflichtung auf eine „nahezu ausgeglichene Haushaltsposition", „sobald sich der wirtschaftliche Aufschwung eingestellt hat."[5]

Die Andeutung der Kanzler-Schelte jedoch, hinter dem blauen Brief könnten Rückspiele kleinerer EU-Staaten stecken, die „ihr Mütchen am großen Deutschland kühlen" wollten,[6] steigerte die Heftigkeit der Debatte. Die Opposition rügte das „ungeheuerliche Verhalten" des Bundeskanzlers.[7] In den Tagen nach der Entscheidung der Finanzminister, als das aus Sicht der FAZ sonst integrationsfreundliche „Deutschland ein Schlüsseldokument der Währungsunion zur Makulatur erklärte,"[8] erschien in der Tageszeitung Die Welt redaktionell eine halbseitige Todesanzeige für den Stabilitätspakt. Die Süddeutsche Zeitung urteilte, der Kanzler teile das von allen Europapolitikern in Deutschland verinnerlichte Grundgesetz nicht mehr: „Schröder hat den Wert nationaler Stärke entdeckt, er ist das Spiel um Mehrheiten in Brüssel leid und hat gemerkt, dass sein Wille auch ohne die mühsame Allianz-Bildung mit den Mittelmeer-Anrainern oder den Benelux-Kollegen durchzusetzen ist."[9]

Agrarreform und EU-Erweiterung

Vor dem Hintergrund der Kontroverse um den „blauen Brief" spitzte sich im Frühjahr 2002 für die deutsche Europapolitik ein Thema zu, dessen Anfänge im Grunde bis in die Koalitionsvereinbarung von Rot-Grün und das aus deutscher Sicht unbe-

friedigende Ergebnis des Berliner Gipfels zur Agenda 2000 im Jahr 1999 zurückreichten. In der Folge ergaben sich zwar leichte Verbesserungen für den deutschen Nettosaldo – er sank zwischen 1995 und 2000 um 3 Mrd. Euro[10] – , doch das Grundproblem strukturell bedingter niedrigerer Rückflüsse von Zahlungen nach Deutschland blieb. Mit der Erweiterung und der Anwendung der EU-Agrarpolitik auf die Landwirte der Beitrittsstaaten drohten aus deutscher Sicht eine erneute Umkehrung des Trends und eine Mehrbelastung des EU-Haushalts: „Diese Ausdehnung der bisherigen Agrarpolitik auf 25 Mitgliedstaaten würde im Endstadium zu jährlichen Mehrkosten von 8 Mrd. Euro führen – ein Viertel davon, 2 Mrd. Euro im Jahr, wären von Deutschland zu tragen."[11] Ohne eine rechtzeitige Reform würde die heutige Lage – so die Sicht in Deutschland und in einigen der anderen Nettozahler – bei der Verhandlung der folgenden Finanzperiode im Jahre 2006 unter den Bedingungen der Einstimmigkeit zu 25 Mitgliedern nur weiter verschärfen.

Unter spanischer Präsidentschaft forderte die Bundesregierung, gemeinsam mit den Regierungen in Den Haag, London und Stockholm deshalb einen raschen Einstieg in die Reduzierung der Direktzahlungen an die Bauern, möglichst noch vor dem tatsächlichen Beitritt neuer Empfängerstaaten und in der laufenden Finanzperiode. Mit rund 30 Mrd. Euro erfordern die Direktzahlungen an die Landwirte fast ein Drittel des EU-Haushalts. Da die Agrarkoalition unter der Führung Frankreichs jede grundlegende Änderung vor 2006 verweigerte – und damit zugleich ihren Besitzstand für die Zeit danach sichern half – blieb Deutschland kaum ein anderer Weg als die Drohkulisse eines Scheiterns in den Erweiterungsverhandlungen auf dem Kopenhagener Gipfel Ende 2002.[12]

Als Gegenstand der Kontroverse zwischen Bundesregierung und EU-Kommission eignete sich die Debatte kaum: Die im Juli 2002 von Agrarkommissar Franz Fischler vorgelegten Vorschläge griffen wesentliche Forderungen aus der deutschen Debatte auf. Die deutsche Kritik an den Fischler-Vorschlägen stammte weniger aus den Reihen der Grünen, sondern aus der macht- und haushaltpolitischen Perspektive des Kanzleramts und des Finanzministeriums, die schon vor 2006 haushaltswirksame Einsparungen zum Maßstab ihrer Zustimmung erklärt. Für die Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition in Deutschland wirkte diese europäische Debatte eindeutig zugunsten der Opposition: Sie hätte Mehrkosten für Deutschland in jedem Fall als Verhandlungsschwäche der Regierung gedeutet; konnte aber auch mit der französischen Position leben, da sie die eigene bäuerliche Wählerschaft für den Moment ebenfalls begünstigt. Edmund Stoibers Alternativkonzept greift auf die schon einmal an Frankreich gescheiterte Regierungsposition vor dem Berliner Gipfel zurück und fordert das Recht der Mitgliedstaaten, künftig einen Teil der Direktzahlungen an die Landwirte selbst auszuschütten – die Kofinanzierung.[13] Widerstände in Frankreich will er in Gesprächen ausräumen. Dieses Modell besitzt wahltaktische Raffinesse, da die deutschen Bauern mit der Perspektive, Geld künftig nicht nur aus Brüssel, sondern auch über Berlin zu erhalten, allemal einverstanden sein können. Ihnen wird die europapolitische Asymmetrie, die der Kanzler am Kandidaten rügt, eher fern liegen.[14]

EU-Reform und der Konvent

In der kritischen Bewertung des Vertrags von Nizza hatte der schon traditionelle Konsens in den Grundlinien der Europapolitik auch 2001/2002 Bestand. Immerhin war die Schlusserklärung selbst Produkt deutscher EU-Diplomatie, gestützt auf Forderungen aus dem Bundestag und den Bundesländern. Nicht festgelegt schien die Bundesregierung zunächst gegenüber Forderungen aus allen Parteien auf Einsetzung eines Konvents, schloss sich dem Konzept jedoch an, sobald ein hinreichendes Maß an Übereinstimmung auch unter anderen Mitgliedstaaten bestand. In den Vorbereitungen der belgischen Ratspräsidentschaft auf den Gipfel von Laeken beteiligte sich die deutsche Europapolitik nicht mit großen öffentlich vorgetragenen Forderungskatalogen – die Grundpositionen für mehr Transparenz, Handlungsfähigkeit und Legitimation waren durch die breite Resonanz auf die von Joschka Fischer angestoßene Finalitätsdebatte oder den Leitantrag der SPD ohnehin bekannt.[15] Erkennbar klarer in der Positionierung als die Bundesregierung zeigten sich CDU und CSU nur in der Forderung nach einer weit gehenden Integration der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf EU-Ebene – und konnten damit die eindeutig humorvollste Schlagzeile in der Europa-Grundsatzdebatte des letzten Jahres für sich verbuchen: „Union will Bundeswehr abschaffen."

Trotz zahlreicher Bedenken verabschiedete der Bundestag im Oktober 2001 das Ratifikationsgesetz zum Vertrag von Maastricht mit Zustimmung aller Fraktionen, ausgenommen die der PDS. Im Parlament, vor allem im Europa-Ausschuss des Bundestags, waren die Aufgaben und Optionen der Zusammensetzung und Verfahren zuvor breit diskutiert worden. In der Vorbereitung auf den Gipfel von Laeken unterstützte die Bundesregierung den belgischen Ansatz, die zum gravierenden Positionsdifferenzen unter den Mitgliedstaaten durch einen Fragenkatalog aufzulösen, über den es gelang, nicht nur alle Themen aus der Post-Nizza-Erklärung aufzunehmen, sondern auch den Begriff der Verfassung in das Mandat des Konvents einzuführen und die seit dem 11. September neu entfachte Debatte über die internationale Handlungsfähigkeit der Europäer zum Thema des Konvents zu machen.

Bei soviel Einigkeit in der Sache lag nahe, dass sich die Differenzen auf Fragen des Verfahrens und der Zusammensetzung des Konvents zuspitzen würden. Auf Ebene der EU entstanden kurzfristig Irritationen über die Präferenz der deutschen Europapolitik in der Frage des Präsidenten. In einer Reihe von Hauptstädten kleinerer EU-Staaten war übersehen worden, dass sich die Bundesregierung im Rahmen der deutsch-französischen Konsultationen von Nantes bereits auf die Unterstützung des französischen Vorschlags verständigt hatte, wenn Paris Valéry Giscard d'Estaing nominieren sollte. Wim Kok, der Favorit der (zu der Zeit noch 12) sozialdemokratischen Regierungen, fand in Laeken keine hinreichende Zustimmung. Unterstützung aus Berlin fanden auch die Überlegungen zur Einbeziehung der Beitrittskandidaten in die Beratungen des Konvents.

Zum taktischen Spiel wurde die Zusammensetzung der deutschen Vertretung im Konvent. Dem Bundeskanzler hätte, rumorten die Medien, auch Wolfgang Schäuble, den europapolitischen Kopf der CDU, als Vertreter der Bundesregierung im Konvent gefallen, nicht jedoch dem Außenminister, von dem wiederum die

Überlegung stammen sollte, mit Peter Glotz einen scharfsinnigen und eloquenten, aber nicht unbedingt europaerfahrenen früheren SPD-MdB zu entsenden. Kanzler und Außenminister schienen einig, Schäuble als Vertreter des Bundestags zu akzeptieren, hatten aber den Widerstand der nicht in die Überlegungen einbezogenen SPD-Fraktion unterschätzt. Sie setzte mit der Koalitionsmehrheit schließlich ihren Kandidaten Jürgen Meyer durch, einen unermüdlichen Sachwalter des Konventskonzepts in der Fraktion und bereits Mitglied im Grundrechtekonvent, der allerdings mit Ablauf der Wahlperiode aus dem Bundestag ausscheidet. Da nun die CDU weder über die Regierung noch über das Parlament einen Vertreter entsenden konnte, sanken die Chancen des bayerischen Europaministers Reinhold Bocklet, die Länder zu vertreten – für die Bundesländer wurde der Ministerpräsident Baden-Württembergs, Erwin Teufel, vom Bundesrat bestimmt.[16]

Die Beratungen des Konvents in seinem ersten Halbjahr haben diese Personalien nicht maßgeblich bestimmt. Wenn es das Kalkül der Bundesregierung war, sich durch die Zusammensetzung nicht frühzeitig selbst zu binden, so ist die Rechnung aufgegangen: Ein strategisches Zusammenwirken der deutschen Mitglieder, etwa in der Vermittlung eines besonderen deutschen Verfassungsmodells für Europa ist in den Beratungen nicht erkennbar geworden – auch Glotz hat als Vertreter der Bundesregierung in erster Linie für sich selbst gesprochen.[17]

Reform des Rats – ein deutscher Europaminister?

Koalitionspolitischen Zündstoff barg die andere Reformdebatte der Europapolitik im zurückliegenden Jahr. In den Überlegungen auf europäischer wie auf nationaler Ebene zur Verbesserung und Effektivierung der Arbeit des Rats fanden sich einerseits zahlreiche, zum Teil schon alte deutsche Überlegungen wieder: zur Reform des Präsidentschaftssystems, zur Stärkung der Rolle des Allgemeinen Rats und zur Abgrenzung des Rats als Gesetzgebungsorgan der EU einschließlich der alten deutschen Forderung nach öffentlichen Beratungen des Rats in Gesetzgebungsfragen sowie zur Entlastung und Straffung des Europäischen Rats. Dass zwischen diesen eher integrationistischen Überlegungen und den tendenziell intergouvernementalen Positionen, wie sie andere große Mitgliedstaaten vertreten, Koalitionen möglich sind, demonstrierte der gemeinsame Brief von Tony Blair und Gerhard Schröder an den spanischen Ratsvorsitz vom 25. Februar 2002. Er enthält praktisch alle deutschen Positionen und regt zusätzlich an, die Tradition des „tour de table" aufzugeben oder Entscheidungen dort mit qualifizierter Mehrheit zu fassen, wo die Verträge auch für den Ministerrat die Mehrheitsentscheidung vorsehen – beides im Kern klassische Ausdrucksformen des Intergouvernementalismus. Für den Bundeskanzler ließen sich die Überlegungen eines neuen Allgemeinen Rats von Europaministern verbinden mit seinem Anliegen, den wettbewerbs- und industriepolitischen Anliegen Deutschlands stärkeren Nachdruck zu verleihen als in den Fachministerräten und der Diplomatie des Auswärtigen Amts praktiziert werde. Dies ließ sich umso plausibler begründen als mit der neuen Dichte der außen- und sicherheitspolitischen Agenda des Außenministerrats ein breites Feld genuin außenpoli-

tischer Europapolitik entstanden war, in dessen Schatten die binnenmarktspezifischen Fragestellungen geraten konnten.[18] Die Überlegung einer Straffung der europapolitischen Koordination war an sich nicht neu und die Koordinationsdefizite im Spannungsfeld von Auswärtigem Amt, Wirtschaftsministerium, seit 1998 verstärkt dem Finanzministerium und dem Bundeskanzleramt sind vielfach nachgezeichnet worden,[19] doch mit der Reformdebatte des Rats erhielt sie einen wirksamen neuen Anstoß, der den bisherigen Reflex, die Dinge aus Gründen der Koalitionsarithmetik beim alten zu belassen, überlagern könnte. Schröder hielt auch gegen Widerstände des Außenministers an seiner Überlegung fest und zeigte sich lediglich in der Frage des Zeitpunkts und der Modalität ihrer Umsetzung flexibel. Zur Ansiedlung eines Europaministers erklärte Schröder unter Verweis auf die unterschiedlichen Organisationsmodelle anderer EU-Staaten, „dass derzeit keine Debatten über Organisationsfragen, sondern eher über die Notwendigkeit eines solchen Konzepts geführt werden sollten."[20] Erwartungsgemäß sprachen sich die Grünen gegen eine solche Strukturveränderung aus; auch der Kanzlerkandidat der Liberalen, Guido Westerwelle, lehnte die Überlegungen ab, sekundiert von Alt-Außenminister Genscher.[21] Aus dem Auswärtigen Amt hieß es zwar, Fischer wolle einem Kabinett unter diesen Bedingungen nicht mehr angehören und ein Außenminister ohne Europa sei wie ein Finanzminister ohne Steuern,[22] doch er ließ erkennen, dass nach der Bundestagswahl eine Straffung der Koordinierung durch einen Europaminister seine Zustimmung finden könne, sofern dieser im Auswärtigen Amt angesiedelt werde und mithin die Koordinationsrolle des Auswärtigen Amts stärken helfe.

Ein Regierungswechsel, dies haben die Aussagen Edmund Stoibers deutlich gemacht, würde die Frage nicht erübrigen, sondern wohl nur in anderen Koalitionskontexten aufwerfen. Er äußerte unter dem Vorbehalt der koalitionspolitischen Erreichbarkeit, „dass wir ein Ressort brauchen, das uns eine klare Übersicht in dieses europapolitische Dickicht bringt." Deutschland müsse, so der Kandidat wie zuvor der Kanzler, „mit einer Stimme sprechen, um besser seine Interessen zu wahren."[23]

Bilanz

In der Rückschau präsentiert sich die deutsche Europapolitik 2001/2002 als ein schillerndes Gebilde – von der klassischen Integrationsphilosophie über die Ausstrahlung der Innenpolitik auf Europa bis zum kraftmeierischen Tatmenschentum zugunsten nationaler Sonderinteressen bot das Jahr beinahe alles, was im Repertoire aktueller Europapolitik verfügbar ist. Dass vor allem der Kanzler in Einzelfragen mit seinen Phasen des Unbehagens an Europa Erfolg besaß, verweist auf die seit Jahren erkennbare Schwäche der traditionellen Steuerungsinstitutionen der EU zugunsten der Ebene der Regierungschefs. Dass diese Erfolge allenfalls punktuell nachhaltig wirken werden, liegt zum Teil wohl an der mangelnden Fähigkeit oder Sensibilität des Kanzlers für die Bildung strategischer Allianzen mit anderen EU-Staaten. Stärkere Wirkungen gingen dagegen wohl von den Korsettstangen des europapolitischen Konsenses in Deutschland selbst aus. Die Übereinstimmung in den großen Entwicklungszielen für Europa und den längerfristigen Entwicklungslinien

für die EU stellen weder Schröder noch Stoiber infrage. Anders als in Frankreich oder Großbritannien überwiegt in Deutschland auch weiterhin das Interesse am Erfolg der Integration die Kautelen über deren konkrete Implikationen soweit, dass nationale Gebärden Berlins gegenüber Brüssel noch stets durch das integrationspolitische Engagement deutscher Europapolitik selbst relativiert werden. Den Rest besorgte, wie gesehen, die große Elbeflut des Sommers 2002.

Anmerkungen

1. Fritz-Vannahme, Joachim/Hofmann, Gunter: Die bösen Buben von Berlin, Die Zeit v. 7.2. 2002, S. 6.
2. „Die Situation ist kritisch", Die Welt, 17.1. 2002, S. 5.
3. Zahlen nach Wernicke, Christian: Der Zahlmeister schwächelt, SZ v. 31.1. 2002, S. 2.
4. Einschätzungen nach Berlin und Brüssel streiten über Grund und Zweck des blauen Briefs, FAZ v. 5.2. 2002, S. 1.
5. Middel, Andreas/Mönninger, Michael: Europa trauert, Die Welt v. 13.2. 2002, S. 3.
6. Fritz-Vannnahme/Hofmann, siehe Anm. 1.
7. Fried, Nico: Union wirft Schröder „ungeheuerliches Verhalten" vor, SZ v. 8.2.2002, S. 5.
8. Frankenberger, Klaus-Dieter. Zum Schaden aller, in: FAZ v. 15.2. 2002, S. 1.
9. Kornelius, Stefan: Schröders Europoöy, SZ v. 7.2. 2002, S. 4.
10. Vgl. „Deutscher Anteil am EU-Haushalt stark rückläufig", EU-Nachrichten v. 18.10. 2001, S. 4.
11. Schröder, Gerhard: Neue Direktbeihilfen sind für Deutschland zu teuer!, FA Sonntagszeitung v. 16.6. 2002, S. 2.
12. Siehe zum Gesamtproblem die Analyse bei Lippert, Barbara/Bode, Wolfgang: Die Erweiterung und das EU-Budget – Reformoptionen und ihre politische Durchsetzbarkeit, in: integration, 4/2001, S. 369-389.
13. Bauchmüller, Michael: Stoiber will Renationalisierung der Agrarpolitik, in: SZ v. 3.7. 2002, S. 23.
14. Schröder, FA Sonntagszeitung, siehe Anm. 11.
15. Siehe dazu anschaulich die Debatte im Deutschen Bundestag am 18.10. 2001, in Auszügen abgedruckt in: Das Parlament v. 26.10. 2001, S. 13 ff. Zu den Grundpositionen siehe auch den Beitrag Bundesrepublik Deutschland im Jahrbuch der Europäischen Integration 2000/2001, Bonn 2001, S. 317-324.
16. Siehe zu den Personalentscheidungen „CDU-Kreise: Schäuble ohne Chance", Die Welt v. 31.1. 2002, S. 4; „Total überrascht", Der Spiegel, 6/2002, S. 142.
17. Siehe u.a. sein Plädoyer gegen den „Hornviehnationalismus", Glotz, Peter: Das Ding, FAZ v. 24.5. 2002, S. 7.
18. Vgl. „Schröder macht Fischer die Europapolitik streitig", FAZ v. 19.3. 2002, S. 1.
19. Mayer, Franz C.: Nationale Regierungsstrukturen und europäische Integration, in: Europäische Grundrechte, 5-8/2002, s. 111-124.
20. Zitiert nach Das Parlament, 2./5.4. 2002, S. 11.
21. Vgl. Fried, Nico: Supermann im Kompetenzgerangel, SZ v. 11.-12.5. 2002, S. 2.
22. Siehe „Schröder brüskiert seinen Außenminister", Die Welt v. 26.4. 2002, S. 6.
23. Zitiert nach „Stoiber will einen Europaminister", FA Sonntagszeitung v. 4.8. 2002, S. 1.

Weiterführende Literatur

Dauderstädt, Michael: Von der Ostpolitik zur Osterweiterung. Deutschlands Außenpolitik und die postkommunistischen Beitrittsländer, Friedrich-Ebert-Stiftung: Politikinformation Osteuropa, Februar 2002.

Janning, Josef/Mayer, Patrick: Deutsche Europapolitik – Vorschläge zur Effektivierung, Gütersloh 1998.

Link, Werner: Deutschland als europäische Macht, in:Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europa-Handbuch, Gütersloh, aktual. Neuausgabe 2002, S. 605-617.

Schneider, Heinrich/Jopp, Mathias/Schmalz, Uwe (Hrsg.): Eine neue deutsche Europapolitik? Rahmenbedingungen – Problemfelder – Optionen, Bonn 2002

Sturm, Roland/Müller, Markus: Die Reform der Daseinsvorsorge im deutsch-britischen Vergleich, in: Hrbek, Rudolf/Nettelsheim, Martin (Hrsg.): Europäische Union und Daseinsvorsorge, Baden-Baden 2002, S. 174-198.